

**Entschließungsantrag**  
der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**  
– Drucksachen 14/347, 14/348 (Materialband) –

**Agrarbericht 1999**  
**Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  - In der deutschen Landwirtschaft haben sich im Wirtschaftsjahr 1997/98 wie in den vergangenen Jahren die Einkommen der verschiedenen Bereiche sehr unterschiedlich entwickelt.
  - Die Gewinne sind vor allem in den Produktbereichen Getreide, Ölsaaten, Milch und Rinder durch gestiegene Erzeugerpreise und teils gesteigerte Erzeugung erzielt worden.
  - Die Einkommensverluste sind besonders auf die starken Preisrückgänge bei Schweinen zurückzuführen. In den davon betroffenen Gemischt- und Veredelungsbetrieben ging der Gewinn gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Viertel zurück.
  - Dagegen konnten die Betriebe mit Sonderkulturen, besonders Weinbau, ihre Gewinne steigern.
  - Diese Gewinn- und Verlustkonstellation hat auch eine starke Differenzierung der Gewinnentwicklung in den Ländern zur Folge. Länder mit starker Schweinehaltung, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, mußten starke Einbußen hinnehmen. Länder mit einem hohen Anteil an Futterbaubetrieben, z. T. kombiniert mit Sonderkulturen, konnten hingegen leicht verbesserte Gewinne verzeichnen.
  - Die schwierige Lage der Forstbetriebe hat sich aufgrund höherer Holzpreise sowie eines erfolgreichen Kostenmanagements im Forstwirtschaftsjahr 1997 etwas verbessert.
  - Im Vergleich zum Vorjahr hat sich in den alten Ländern der Trend der Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe mit 1,7 % etwas verlangsamt. In den neuen Ländern hat sich die Zahl der Betriebe um 2,4 % erhöht.

- Die äußerst schlechten Preise für Schweinefleisch und die sich ständig verschlechternden Milchzahlungspreise verstärken im laufenden Wirtschaftsjahr die schlechte Einkommensentwicklung für die betroffenen Betriebe.
  - Neben diesen Marktereignissen wird sich auch besonders die Haushalts- und Steuerpolitik der Bundesregierung auf alle landwirtschaftlichen Betriebe einkommensmindernd auswirken.
  - Die willkürliche Absenkung der Vorsteuerpauschale für die Land- und Forstwirtschaft führt zu jährlichen Belastungen in Höhe von 400 Mio. DM.
  - Die Streichung und Absenkung landwirtschaftlicher Freibeträge führt zu einer Mehrbelastung von 350 Mio. DM pro Jahr.
  - Durch den Abbau allgemeiner Regelungen im Steuerrecht belaufen sich die Belastungen für die Land- und Forstwirtschaft auf jährlich 500 Mio. DM.
  - Die Einführung der Ökosteuer schlägt mit jährlich rd. 350 Mio. DM zu Buche. Gemessen am Gesamtumsatz wird die Landwirtschaft einseitig belastet. Die Senkung der Lohnnebenkosten kommt in der Landwirtschaft aufgrund ihrer Arbeitsorganisation nicht zum Tragen.
  - Die Senkung der staatlichen Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung hat im kommenden Jahr gravierende Beitragserhöhungen zur Folge.
  - Die Beschlüsse zum Agrarteil der Agenda 2000 sehen für die Bereiche Ackerkulturen, Milch und Rindfleisch Preissenkungen bei nur teilweisem Einkommensausgleich vor.
  - Die im nächsten Jahr beginnende Aufstockung der Milchquote in der EU wird sich über die Preisentwicklung besonders nachteilig auf die Einkommen der Milcherzeuger auswirken.
  - Insgesamt gesehen führen die Beschlüsse zum Agrarteil der Agenda 2000 zu verstärkten Einkommensverlusten der deutschen Landwirte, zu einer höheren Abhängigkeit von direkten Beihilfen, einer vermehrten Bürokratie und größeren Belastungen des deutschen Haushalts.
  - Die Überprüfung der Beschlüsse im Jahr 2002/03, mögliche Änderungen aufgrund der WTO-Verhandlungen sowie die Laufzeit der Agenda-Beschlüsse bis 2006/08 beeinträchtigen die Planungssicherheit der Landwirte.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- die negativen Auswirkungen der steuerlichen Änderungen auf die Land- und Forstwirtschaft umgehend zu korrigieren,
  - bei der Ökosteuer entweder eine wirkliche Gleichstellung mit den anderen Gewerben herzustellen oder die Einnahmen aus der Landwirtschaft als Gegenleistung dem landwirtschaftlichen Sozialversicherungssystem zur Abfederung des sozialen Strukturwandels zukommen zu lassen,
  - alle Maßnahmen zur Destabilisierung des landwirtschaftlichen sozialen Versicherungssystems zu unterlassen und statt dessen dessen Fortbestand zu gewährleisten,

- im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe das Gewicht verstärkt auf die einzelbetriebliche Investitionsförderung zu legen,
- durch gezielte Investition die Erfassung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten aus Sonderkulturen den Erfordernissen des Handels anzupassen,
- dafür Sorge zu tragen, daß die Vermittlung ausländischer Saisonarbeitskräfte praxisgerecht gestaltet wird,
- bei der nationalen Umsetzung der Beschlüsse zur Agenda 2000 jede weitere Bürokratie und sonstige Belastung der Landwirtschaft zu vermeiden,
- von der Ermächtigung im EU-Recht, die Gewährung von Ausgleichszahlungen an die Erfüllung zusätzlicher über die im landwirtschaftlichen Fachrecht definierte gute fachliche Praxis hinausgehende Umweltauflagen zu knüpfen, keinen Gebrauch zu machen,
- mit einer rechtssicheren Ausgestaltung der Milchgarantiemengen-Verordnung die Position des aktiven Milcherzeugers zu stärken,
- den verstärkten Einsatz nachwachsender Rohstoffe nachhaltig zu fördern,
- bei den anstehenden WTO-Verhandlungen keine über die Beschlüsse zur Agenda 2000 hinausgehenden Zugeständnisse zu Lasten der europäischen Landwirtschaft zu machen, für einen angemessenen Außenschutz einzutreten und damit die hohen europäischen Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherstandards abzusichern,
- für sichere Rahmenbedingungen zugunsten einer wettbewerbsfähigen Fischerei und für eine verlässliche Zukunft der Fischwirtschaft durch nachhaltige Nutzung der Ressourcen und den langfristigen Erhalt der Fischbestände einzutreten,
- eine praxisgerechte Lösung für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im integrierten Obst- und Gemüseanbau anzustreben,
- den Tier- und Verbraucherschutz auf europäischer Ebene mit entsprechenden begleitenden Kontrollmaßnahmen weiter zu verbessern.

Bonn, den 15. Juni 1999

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**